

Verantwortlicher Redakteur: H. Mosner in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachkommen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Graßwald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heiner, Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Ang. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 17. Juli. Einem Bericht der „A. Z.“ über die Nordlandreise des Kaisers entnehmen wir folgende Mittheilungen:

Am Morgen des 8. Juli war das Wetter unruhig und Se. Majestät befahl deshalb zunächst die Fahrt nach Eide, wo dann entschieden werden sollte, ob sich Se. Majestät auf dem Landwege über Völsungen und Dalheim nach Gudvangen begeben würde, wo dann die „Hohenjoller“ Allerhöchstenfalls wieder erwarten sollte, oder ob Se. Majestät an Bord der „Hohenjoller“ bleiben und zu Wasser über Bergen nach Gudvangen fahren würde. Einige mühselige Bergsteiger (an der Spitze Dr. Giffels, dann Kapitän zur See v. Senden, Major v. Wilow, Kapitän-Lieutenant Brenning, Lieutenant zur See v. Krogst und Major Salzmann) hatten es sich am Tage vorher übrigens nicht nehmen lassen, trotz des Regens einen Ausflug nach dem etwa vier Stunden Weges von Völsungen nach Gudvangen zu machen. Der Hauptzweck dieser Partie bestand in dem wohlthätigen Gefühl, das die Herren empfanden, als sie an Bord zurückkehrten, sich wieder trocken konnten und von den Zurückgebliebenen hörten, daß dieselben vom Kaiser mit einer Bewölke überhäuft worden waren, zu welcher der hohe Herr bei einem kurzen Spaziergange an Land die Erdbereise persönlich von einem am Wege stehenden Manne gekauft hatte. Um die beabsichtigten Anklänge der Bewölke zu erhöhen, hatte Hofmarschall v. Vöndt den Herren zum Mittagessen Sauerbraten mit Schweinsrippen vorgesetzt.

Von der Weiterreise an der Völsungfjord vorbei erzählt der Berichterstatter:

„Der Kaiser fuhr während der ganzen Fahrt oben in einem der kleinen Pavillons, deren je einer auf beiden Masten angebracht ist. Sie sind auf besonderer Höhe des Kaisers dort errichtet, dessen eigentliche Erfindung sie sind. Die Pavillons, welche nach hinten offen sind, haben nach vorn und beiden Seiten Glaswände, gestatten also freien Umlauf und schützen doch zugleich vor Wind und Wetter. Innen ist an der Vorderseite ein Klappstuhl angebracht, während die beiden Seiten mit je einem Klappstuhl versehen sind. Diese Einrichtung gestattet dem Kaiser, auch bei regnerischem Wetter sich an Deck aufzuhalten; er liest oder schreibt Briefe in dem Pavillon und wird dazwischen ein Bild auf die herrliche Gegend. Auch Vorräte läßt sich Se. Majestät häufig in diesen kleinen Pavillons halten, in dem sich gerade bequem zwei Personen aufhalten können. Auf der Fahrt nach Bergen war Se. Majestät besonders eifrig mit Schreiben beschäftigt. Wurde doch am Abend in Bergen ein Konvair erwartet, der am nächsten Morgen die Entscheidungen Se. Majestät in Staatsangelegenheiten sowie zahlreiche Briefe nach der Heimat bringen sollte.“

In dem oben erwähnten Pavillon auf dem Kaiser pflegt der Kaiser auch die eingegangenen Zeitungen zu lesen.

Bei einer Nacht-Feuerübung ergab sich am Dienstag Abend, wie ein Augenzeuge dem „A. Z.“ mittheilt, ein **beflagener werther Unglücksfall**. Zwei Kompanien des in Vichterfelde garnisonirenden Garde-Schützenbataillons manövrirten gegen 10 Abends auf dem zwischen der königlichen Domäne Dahlen und den Dörfern Vichterfelde und Vichterfelde belegenen Terrain. Als das Haupttreffen sich gerade entwickeln sollte, stürzte plötzlich ein Garde-Schütze mit lautem Aufschrei zu Boden. In der herrschenden Dunkelheit vermochte man zunächst nicht zu erkennen, was dem anscheinend leblos daliegenden Soldaten begegnet war; später, nach dem man eine Laterne herbeigeschafft hatte, stellte es sich heraus, daß der Bedauernswerte einen — wahrscheinlich tödtlichen — Sturz in den Unterleib erlitten hatte. Es wurde sofort „Halt!“ befohlen, und bei einer Besichtigung des Verunglückten zeigte sich eine auffallend große Wundöffnung, so daß man annehmen mußte, daß die Verwundung durch einen Mündungsbesch bewirkt worden sei, den einer der Schützen von seinem Gewehr abschießen vergessen hatte. Diese Annahme erwies sich jedoch als unzutreffend, weil bei der sofort vorgenommenen Nachforschung festgestellt wurde, daß keinem der an der Übung Theilnehmenden jener Defekt fehlte. Da nach Art der Verwundung ein scharfer Sturz ausgeschlossen erscheint, so wird vermuthet, daß letztere bei einem in der Dunkelheit unmittelbar auf den Verunglückten abgefeuerten Schuß durch den Spiegel einer Flakpatrone herbeigeführt worden sei. Der Verwundete, der bereits verstorben zu sein schien, wurde auf einen aus Oaken reamirten Handwagen gebettet und zunächst nach dem Kaiserthum in Vichterfelde überführt, wohin auch die an der Übung theilnehmenden Kompanien sofort abrückten.

Ueber die Führung des **Wlitzuges** zwischen **Berlin** und **Rom** schreibt der „**Aktionär**“:

Wie bereits mitgetheilt, dürfte der zwischen Berlin und Rom einzuführende Wlitzug nicht den Gotthard, sondern über den Brenner geleitet werden. Die Handels- und Gewerbetreibenden für Oberbairern hat alsbald, nachdem es bekannt geworden, daß die Einführung des gedachten Schnellzuges geplant sei, an das kaiserliche Staatsministerium des königlichen Hauses und des äußeren das Ersuchen gerichtet, auf das nachhaltigste dafür einzutreten, daß der in Aussicht genommene Wlitzug über München und demgemäß den Brenner geführt werde. In einer Eingabe der Kammer an die Generaldirektion der kaiserlichen Staatseisenbahnen vom 27. Mai d. J. war bezüglich des Unterzuges in der Länge der Verbindungsstrecken zwischen Berlin und Rom Folgendes ausgeführt: „Es beträgt der Weg von Berlin über den Gotthard nach Mailand 1262 Km., während er sich über den Brenner auf der Route Berlin-Proßnitz-München auf 1305 1/2 Km. beläuft. Aber die Route nicht bloß nach Mittel- und Südbairern, sondern vor Allem auch nach dem Orient, führt nicht über Mailand, sondern über Verona. Die Entfernung von Berlin nach Verona beträgt über den Brenner 1156 1/2 Km., über den Gotthard 1411 Km., letzterensfalls also 254 1/2 Km. mehr. Die Strecke Berlin-Verona-Bologna-Brindisi beträgt 2064 1/2 Km., wenn die Fahrt über den Brenner, 2239 Km., also 182 1/2 Km. mehr, wenn sie über den Gotthard geht. Da die Linie nach Florenz und Rom bei Bologna abzweigt, ergibt sich die gleiche Differenz für die Strecke Berlin-Florenz-Rom. Bei dieser Berechnung wurde übrigens die Verbindung

zwischen Berlin und München als über Nürnberg führend angenommen. Anders, wenn man die um 52 Km. kürzere Route über Regensburg zu Grunde legt; dann ist sogar die Linie Berlin-Mailand über den Brenner kürzer, als die Verbindung über den Gotthard, und die Differenz nach Bologna beträgt volle 234 1/2 Kilometer.“ Es ist zu hoffen, daß die kaiserliche Staatsbahnverwaltung aus dem Unglück von Nöhrmoos die geeignete Lehre zieht und den durch einen „Wlitzug“ gesteigerten Ansprüchen auf Sicherheit und Regelmäßigkeit durch alsbaldige Einführung des Zentralwechsellagens auf allen von dem Wlitzug passierten Stationen Rechnung trägt.

Die **Verschärfung der Zolluntersuchung** wird jetzt rückgängig gemacht. Ein Telegramm aus Vindau meldet: „Gegenüber anderweitiger Mittheilung wird zuverlässig konstatiert, daß irgend welche außerordentliche Zollbefähigung der aus der Schweiz hierorts einreisenden Reisenden nicht mehr stattfindet.“ Nach dem „Schwab. Merk.“ ist die Maßregel nicht von Berliner leitenden Kreisen veranlaßt worden. Es handelte sich wahrscheinlich lediglich um reichszollamtliche Anordnungen, denen demnach eine politische Bedeutung zunächst nicht beizumessen wäre. Die Reichsregierung habe vorläufig von Vergeltungsmaßnahmen im deutsch-schweizerischen Verkehr Abstand genommen.“ Der „Konstanzer Ztg.“ zufolge sind wiederum die an der badiisch-schweizerischen Grenze gestellten Zollmaßregeln nur vorübergehend und stehen in keinerlei Zusammenhang mit dem deutsch-schweizerischen Streitfall. Es gelte der Einfuhrbegrenzung sozialdemokratischer, in London gedruckter, über St. Gallen und die Bodenseebahnen vertriebener Schriften.

Bezüglich der **Regelung der Arbeitsverhältnisse der Bergleute** im Kohlenrevier an der Ruhr bringt die „Rh.-Westf. Ztg.“ nachstehende Mittheilung:

„Die Dauer der Ein- und Ausfuhr der Bergleute im Oberbergamtsbezirk Dortmund und in und aus den Gruben hängt bekanntlich von der dabei entwickelten Fördergeschwindigkeit und der mehr oder minder starken Belegung der Förderlöcher mit Leuten ab. Die hierbei zulässige Grenze ist seitens des Oberbergamts für jede Zeche festgestellt. Da nach den Bestimmungen der sogenannten Berliner und Essener Protokolle die Ein- und Ausfuhr möglichst nicht länger als eine halbe Stunde dauern soll, welches aber bei großen Zechen kaum möglich war, so hat das Oberbergamt Anträge von Zechenverwaltungen, mehr Leute als bisher auf die Förderlöcher stellen und eine größere Fördergeschwindigkeit einwickeln zu dürfen, Folge gegeben. Selbstverständlich ist dies nur soweit geschehen, wie es mit der Sicherheit der Arbeiter zu vereinbaren ist.“

Aus **Berlin** schreibt man der „**Köln. Volks-Ztg.**“: „Gegenwärtig arbeitet die Reichsdruckerei an der Herstellung **neuer Postwerthezeichen**, welche am 1. Oktober d. J. zur Ausgabe gelangen. Für die zwei verschiedenen Gattungen von Briefmarken unter und über zehn Pfennig ist nur je eine Zeichnung angefertigt und, nach Ausfertigung geringfügiger, auf die Form des Reichsadlers und der Kaiserkrone bezüglicher Änderungen, dem Schritte der Stempel zu Grunde gelegt worden. Die technische Ausführung der neuen Postwerthezeichen entspricht in der Hauptsache der früheren Herstellungweise. Nur für das Summieren, Trocknen und Zählen der Postwerthezeichen sind neue mechanische Vorrichtungen eingeführt worden, welche sich bis jetzt durchweg gut bewährt haben und als Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Verfahren zu erachten sind. Ein Ersuchen der Leipziger Zeitungsdruckerei für Deutschlands Buchdrucker um Ueberlassung der neuen Entwürfe zur Veröffentlichung für die Fachpresse lehnte das Reichs-Postamt ab, weil die Änderungen zu geringfügig seien und die Entwürfe daher das erhoffte Interesse nicht finden würden.“

Zu der Meldung des „**Krafft. Journals**“, daß man eine neue **Einkommensteuerentwurf** ausgearbeitet sei, in welchem der Selbststeuergesetzgebung zu Gunsten der Grundbesitzer weitestgehend eingeschränkt sei, schreibt man uns: „Es braucht wohl nur daran erinnert zu werden, daß der Finanzminister v. Scholz seit längerer Zeit Berlin verlassen hat, um klar zu stellen, daß es sich um einen neuen Entwurf nicht handeln kann. Nach unseren Erkundigungen ruht gegenwärtig überhaupt diese ganze Angelegenheit. Es gilt als sicher, daß ein Einkommensteuer-Entwurf zu den ersten Vorlagen gehören wird, die dem preussischen Abgeordnetenhaus in der nächsten Tagung zugehen werden. Da der preussische Landtag aber vor Mitte Januar nächsten Jahres nicht einberufen werden wird, liegt kein Grund vor, die endgültige Fertigstellung dieses Entwurfs übermäßig zu beschleunigen.“

Die „**Nordd. Allg. Ztg.**“ schreibt: Die Zahl der jährlich zur Belegung kommenden Stellen im **Forstschützendienst** steht in jedem Verhältnis zu der Zahl der Bewerber, daß viele derselben eine berufsmäßige Beschäftigung nicht mehr finden, und zum Theil selbst für den Dienst und die Bewerber selbst das durchschnittliche Lebensalter bei der Anstellung als Forster sehr bedeutend zu steigen droht. Die Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten des Reiches haben sich deshalb veranlaßt, die Bestimmungen im § 2 des Regulatorius über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstwesens in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägerkorps vom 1. Februar 1887 dahin zu ergänzen, daß die Zahl der jährlich anzunehmenden Lehrlinge einer Beschränkung unterworfen wird. Diese Zahl darf bis auf weiteres eine für jeden Regierungsbezirk durch gemeinschaftlichen Erlaß der beiden genannten Minister vom 6. Juli d. J. festgesetzte Grenze nicht überschreiten. Erfolgt eine größere Zahl von Anmeldungen, so sind bei entsprechender Befähigung die Söhne von Forstbeamten, ferner die mit regelmäßigem Abgangszugung von der Forstbildungsschule zu Gr. Schönbach Entlassenen und endlich solche Aspiranten vorzugsweise zu berücksichtigen, welche die Absicht haben, beide Lehrjahre bei einem königlichen Oberförster zu erleben. Zugleich vom 15. August ist dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Zahl der hierdurch zurulassenden Bewerber anzuzeigen und dabei anzugeben, wie viele Anmeldungen zurückgewiesen sind. Sollte in einzelnen Bezirken die

zulässige Gesamtzahl nicht erreicht sein, so wird der Restbetrag durch die überschüssige Zahl anderer Bezirke gedeckt werden. Die Bewerber der Forstverwaltungslaufbahn kommen bei vorstehenden Bestimmungen nicht mit in Betracht. Letztere sind thörichtlich schon für das mit dem 1. Oktober d. J. beginnende Lehrjahr in Anwendung zu bringen.

Anlässlich eines vorgekommenen Streitfalles hat die kaiserliche Oberpostdirektion bezüglich der **Frankierung der Postanweisungen** eine Entscheidung gefällt, welche im allgemeinen geschäftlichen Interesse in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Ein Kaufmann in Witten wollte, so berichtet die „**Prign. Ztg.**“, vor einigen Wochen mehrere Postanweisungen auf dem dortigen Postamt aufgeben. Wie das nun in der Geschäftswelt üblich ist, hatte der Herr Postanweisungsformulare benutzt, auf denen die Frankatur nicht aufgebracht war. Der betreffende Kaufmann legte nun das zur Frankierung der Postanweisungen bestimmte Geld dem am Schalter dienenden Beamten hin mit der Bitte, die Frankatur aufzubringen; indessen der Beamte erklärte, nicht verpflichtet zu sein zum Aufbringen der Marken, das müsse der Abnehmer selbst thun. Derselbe Behauptung stellte auch der in Folge des Streites hinzugekommene Postamtsvorsteher auf. Der Kaufmann, der die Weigerung der Beamten für unberechtigt hielt, wendete sich Beschwerde führend an die Oberpostdirektion in Potsdam und erhielt darauf von dieser die nachstehende, vom 10. Juli d. J. datirte Antwort: „Euer Wohlgehorner erwidere ich auf die Eingabe vom 5., im Anblich auf meine vorläufige Benachrichtigung vom 6. d. M., ergeht, daß Postanweisungen zwar frankirt eingeliefert werden müssen, die Abnehmer indessen nicht gehalten sind, die Anweisungen mit Frankatur zu versehen. Das kaiserliche Postamt daselbst ist mit entsprechender Weisung versehen worden. Die kaiserliche Oberpostdirektion. In Vertretung [gez.] Blindow.“

Bei den Unteroffiziersrichtern zu Potsdam, Marienwerder und Bielefeld können im Oktober d. J. noch Freiwillige zur Einstellung gelangen. Die Einzelmeldungen müssen spätestens 17. Jahre alt sein, dürfen aber das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Anmeldungen können bei dem Bezirkskommando zu Brandenburg a. H. stattfinden. Ebenfalls sowie bei den Bezirksfeldwebeln sind auch die gegebenen Bestimmungen einzusehen.

Wie der „**Kreuztg.**“ aus **Kiel** gemeldet wird, macht in **Marinekreise** eine angebliche **Bestechungsaffäre** großes Aufsehen. Auf telegraphische Requisition aus Berlin wurde Dienstag Abend ein Schiffskapitän Oberingenieur in einem Restaurant durch zwei Kriminalbeamte verhaftet und am nächsten Morgen mit dem ersten Zuge nach Berlin übergeführt. Die Vortheile, welche derselbe für die Verletzung seiner Amtspflicht von Lieferanten angenommen haben soll, werden als sehr bedeutende bezeichnet. Es scheint hiernach, als sollte die Zahlmeisterangelegenheit ein trauriges Gegenstück in der Marine finden.

Die „**Corr. de l'Est**“, die zur Gemüthe als ein **russischer** Tendenzen dienendes Blatt bekannt ist, berichtet — und die Wiener Blätter nahmen ungeachtet der offensichtlichen Tendenzmache, die dieser Meldung für Jedermann deutlich erkennbar zu Grunde lag, keinen Anstand, diesen Bericht wiederzugeben —, daß der Militär-Bevollmächtigte bei der österreichisch-ungarischen Botschaft in Konstantinopel, Oberst **Manega**, der am 15. nach Wien gereist sei, die bei Philippopol und in der Nähe von Sofia lagernden bulgarischen Truppen inspiziert habe und daß, obwohl diese Inspektion keinen offiziellen Charakter hatte, man in Sofia von diesem neuen österreichisch-ungarischen Sympathiebeweise in hohem Grade erfreut gewesen sei.

Selbstverständlich muß es für Jedermann einleuchtend sein, daß der österreichisch-ungarische Militär-Attache in Konstantinopel nicht nach Bulgarien gekommen, um die dortigen Truppen zu inspizieren. Für die „**Corr. de l'Est**“ reicht aber der mögliche Umstand, daß Oberst Manega auf seiner Reise von Konstantinopel nach Wien in Philippopol oder Sofia überhaupt bei den dort lagernden Truppen erschienen sein mag, aus, sich hieraus eine Truppen-Inspektion zu konstruieren.

Augenscheinlich für den Zweck, **Bulgarien bei der Porte zu verächtigen**, wurde von verschiedenen Seiten die Meldung gebracht, daß man sich in Sofia mit der Absicht der **Unabhängigkeits-Erklärung** trage, ja, es wurde einem englischen Blatte mitgetheilt, daß **Prinz Ferdinand** am 14. August die Unabhängigkeit verkünden und sich zum **König** ausrufen zu lassen beabsichtige. Diese Meldung wird nun in einem (bereits erwähnten) Bericht der „**Polit. Kor.**“ aus Sofia als vollkommen erfinden bezeichnet. Das Dementi ist nach den uns zutreffenden Berichten ein nicht nur vollkommen berechtigtes, sondern es geht aus diesen Berichten zugleich hervor, daß, wenn man sich in Sofia mit einer solchen Absicht trüge, dieselbe alle Mühe zu Segnern hätte, und ist auch die bulgarische Regierung nicht ohne Kenntniss dieser Auffassung der Mächte gelassen worden.

Das schon mitgetheilte ausführliche Privat Schreiben, in welchem Dr. **Peters** seine Verwundung durch das englische Geschwader bekräftigt, stimmt in allem Wesentlichen mit dem Urtheil überein, welches wir über diese Angelegenheit gefällt haben und welches in allen Kreisen Deutschlands, denen das patriotische Selbstbewußtsein nicht ganz abhanden gekommen ist, getheilt werden dürfte. Da indessen bei der Erweiterung dieser Sache mehrfach die Neigung hervorgetreten ist, dem englischen Admiral **Fremantle** aus seinem Vorgehen einen **persönlichen Vorwurf** zu machen, so fügt sich ein Berichterstatter der „**Köln. Ztg.**“ veranlaßt, denselben hiergegen in Schutz zu nehmen. Derselbe schreibt: Admiral Fremantle (dessen Vater als Regimentskapitän die großen Seeschlachten Nelsons mit durchgefochten hat) ist mit unter den vielen großen englischen Marineoffizieren, die ich auf meinen Reisen kennen gelernt habe, als einer der liebenswürdigsten und deutschfreundlichsten erschienen. Daß er kein Deutschenhaß im Sinne der Leiter der britisch-afrikanischen Gesellschaft ist, dürfte möglicherweise kleine Episode Zeugnis ablegen. Reichskommissar Hauptmann Wismann hatte mir, als in Viganovo und Dar-es-Salaam die Gesellschaftslage der Deutsch-Afrikaner durch die deutsche Handelsflagge ersetzt worden

war, gesagt, daß ich den Vorgang nach Köln telegraphiren könne und auch den Engländern gegenüber kein Gehehl daraus zu machen brauche. Als ich acht Tage später zu Bombassa auf dem Flaggschiff „**Boadicea**“ bei Admiral Fremantle freiste, äußerte sich derselbe über die ihm kurz vorher aus Sanfibar gemeldete „deutsche Flaggenhijung“. Meine Bemerkung, daß es sich bloß um die Handelsflagge, nicht um die Kriegsflagge handelte, überhörend oder nicht recht verstehend, fügte er in Gegenwart seiner Offiziere hinzu: „Es ist das beste, was die Deutschen hätten thun können und ich freue mich herzlich darüber.“ Wenn Admiral Fremantles Schiffe zu verschiedenen Malen (ich erinnere nur an die Kampfungelegenheit, deren Zeuge ich war) der Petersischen Expedition gegenüber anders gehandelt haben, als nach völlerrechtlichen Grundsätzen entschuldbar ist, so dürfte diese Handlungsweise weit weniger des Admirals eigenen Neigungen als vielmehr der ihm zu Theil gewordenen Weisung, den Anordnungen des englischen Generalkonsuls in Sanfibar Folge zu leisten, entsprungen sein. Dazu kommt, daß die öffentliche Meinung der in Sanfibar lebenden Engländer — falls in diesem Sinne von öffentlicher Meinung die Rede sein kann — auf Generalkonsul und Klotenkommmando einen starken Druck ausübt, und **allein diejenige der Leiter der britisch-afrikanischen Gesellschaft**. Allen afrikanischen Engländern gemeinsam ist ein schwer zu beschreibender Haß gegen **Peters**, an dem man als den Urheber des deutsch-afrikanischen Unternehmens die ganze innerliche Wuth über die Festsetzung der Deutschen in Ostafrika, welches bekanntlich von den Engländern als ihre urrechtliche Domäne angesehen wurde, auslassen möchte. Zu diesem Haß kam die von vielen Engländern und, wenn ich nicht recht entfinde, auch von Admiral Fremantle mir gegenüber ausgesprochene Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung Peters nicht schützen werde und daß derselbe gegenwärtig vogelfrei sei. Entsprechend dieser Stimmung, die sie auch dem Sultan von Sanfibar und dessen Beamten einzuflößen gewußt haben, sind die Engländer gegen die Petersische Emin-Expedition gleich von deren Auftreten in Ostafrika an mit einer derart gewaltthätigen Mordlustigkeit vorgegangen, wie etwas Ähnliches im ganzen übrigen Verhalten der Engländer uns Deutschen gegenüber nicht zu Tage getreten ist.

Belgien.

Brüssel, 17. Juli. In der Deputiertenkammer brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, wonach alle Detail-Verkaufsstellen von geistigen Getränken, die seit dem Juli d. J. eröffnet wurden, einen Erlaubnisschein haben müssen.

Frankreich.

Paris, 15. Juli. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die vorgefertigte Kammerung eine **Änderung der Lage** geschaffen hat, nicht nur durch die Annahme des Gesetzes gegen die Willkürmaßnahmen, sondern auch durch das Hervortreten eines Mannes, der im Publikum freies Hochachtung besitzen hat, und zwar ist es **Brissot**, dem die Regierung die Majorität bei der vorgefertigten Abstimmung zu verdanken hat. Seine Rede war, wie man hier zu sagen pflegt, ein „événement“, und sein Erscheinen wirkte so mächtig, daß für den Augenblick eine überaus große Strömung gegen den Bonaparte-Boulangismus bemerkbar wurde. Brissot ist kein Staatsmann, das hat er vor einigen Jahren im Ministerium deutlich genug bewiesen, und nie wieder ist er bei einer späteren Ministerkombination in Frage gekommen; sein Ruf als rechtschaffener Bürger aber ist unerschütterlich geblieben, und sein ärgster Feind würde es niemals wagen, eine Verdächtigung gegen ihn auszusprechen. Er ist so unanfechtbar, wie etwa der Präsident Carnot oder der General Smaillier.

Den tiefen Eindruck der von der Rednertribüne gesprochenen Worte Brissots konnte man sofort bemerken; man fühlte gewissermaßen ein neues Element in der Versammlung; dabei sprach Brissot einfach und hielt sich nur an Thatsachen. Die lautlose Stille wurde an einigen Stellen der Rede durch rauschenden Beifall unterbrochen, und jeder Anwesende fühlte die Unmöglichkeit, ein Wort dagegen zu erheben. Auch auf dem Lande wird die Rede wohl gelesen und wegen ihrer Einfachheit und Kürze auch verstanden werden. Sie war eben ein großer **moralischer Sieg** für den Augenblick. Wie lange der Eindruck, den sie gemacht, dauern wird, ist freilich eine andere Frage. Zunächst steht der **Wahlkampf** vor der Thüre, und kein Mensch kann voraussagen, wie derselbe enden wird.

Die Pariser beginnen die **Ausstellung und das Eiffelturm** satt zu werden, und es sind hauptsächlich nur noch die zahlreichen Fremden, welche das Geld dorthin tragen.

Paris, 17. Juli. Montag Abend um 6 Uhr wurden **Voulanger, Dillon und Rochefort** der **Anlagebeschluß** der Anlagekammer und die Anlagebeschluß des Oberstaatsanwalts in den Wohnungen der Angeklagten zu gestellt. Den Tag der Verurteilung wird der Senatpräsident bezeichnen. **Voulanger ist angeklagt eines Anschlags gegen die Sicherheit des Staates** und der Veruntreuung von Staatsgeldern. Dem „**Temps**“ zufolge führt die Anlagekammer aus, daß die Verurteilung zum Tode durch den Senat durch Handlungen, die nicht bestraft sind, aber trotzdem strafwürdig anzusehen seien. Es lägen diffamirte Telegramme vor, die man mit Hilfe eines Schlüssel, der gegen das Ende der Untersuchung aufgefunden worden, entziffert habe, und diese bewiesen, daß der Marsch auf das Schloß am Tage der letzten Präsidentenwahl thatsächlich organisiert war und daß Voulanger nur das Wabergebiet abgewartet habe. Außer den Telegrammen, die er mit den vornehmlichsten Verantwortlichen ausgetauscht, bezogen das einige höhere Offiziere, die dem General ihre Beihilfe zugesichert gehabt hätten. Die Veruntreuungen hätten sich theils auf Lieferungen für die Armee, theils auf den Verbrauch von Geldern des Kriegsministeriums zu verschiedenen Zwecken bezogen, so habe Voulanger unter Anderem Aktien des Cercle militaire aus der Ministerialkasse bezahlt, die Aktien des Vermögens von Voulanger, Dillon und Rochefort, da dieselben als flüchtig betrachtet werden. Die Anlagekammer macht, wie man der

„**Kreuztg.**“ telegraphirt, wegen ihrer Weitläufigkeit und Inhaltlosigkeit einen schlechten Eindruck.

Spanien und Portugal.

Madrid, 16. Juli. Ueber die sich häufenden Skandale in den **spanischen Kortes** berichtet man dem „**Hamb. Korresp.**“ aus Madrid. An dem letzten Skandal theilnehmend ist der Ministerpräsident **Sagasta**, der **Erminister Senator Marquis de Sardoal**, verschiedene Minister, Senatoren und Deputirte, sowie der Präsident des Kongresses, umgeben von den Stabträgern und Hülfsmännern des Hauses.

Der Ort der Handlung war diesmal nicht der Sitzungssaal, sondern das **Koyer**, die sogenannte Sala de conferencias. Der Skandal wurde provoziert durch eine Rede Sagastas gegen den Ex-Kammerpräsidenten Martos, welche ihrer Form wie ihrem Inhalt nach so maßlos war, daß hier allgemein die Ansicht herrscht, der Ministerpräsident habe mit dieser Rede die Schiffe hinter sich und hinter den ihm bisher noch treu gebliebenen liberalen Journalisten verbrennen wollen. Die Veranlassung hierzu soll in einem Zwischenfall mit der Königin zu suchen sein, der dem Minister bewiesen habe, daß er mit dem persönlichen Vertrauen der Königin nicht weiter rechnen, daß er fernere nur noch leitender Staatsmann bleiben könne, wenn er sich auf eine ihm unbedingt ergebene starke Majorität, welche mit ihm steht und fällt, stütze. Sagasta hat nämlich im letzten Ministerrath wieder den Versuch gemacht, die Königin, wie seiner Zeit während des letzten Kammerkonfliktes geschehen, aus Madrid zu entfernen, sie auf eines ihrer ländlichen Schlösser, diesmal nicht Aranjuez, sondern La Granja zu schicken und sie dadurch von allen Rathgebern — ihn und seine Freunde ausgenommen — zu isolieren. Die Monarchin aber hat sich dieses Disposition über ihre Person in einer Weise verbeeten, welche einen Zweifel daran läßt, daß sie die Absicht gemerkt hat. Ganz immorbidirter Weise und wohl nur in der Hitze des Gefechtes hatte nun Sagasta in seiner geistigen Rede gegen Martos den Marquis de Sardoal, einen ebenso leidenschaftlichen, wie zünftigen und leicht reizbaren Mann, mit in den Streit hineingezogen, indem er Beide — Martos und Sardoal — lächerlich machte und niedriger Stimmung beschuldigte. Sehr bezeichnend für spanische Zustände war, was bei dieser Gelegenheit Sagasta von seinem früheren Verhältnis zu Martos sagte. Es ist wohl selten vorgekommen, daß ein Premierminister öffentlich von der Tribüne des Parlaments herab erklärt hat, er habe einem Unterführer seiner Partei, um ihn an seine Person zu fesseln, Ministerposten, Gouverneur- und Gesandtenposten, Deputirtenplätze, Generalatspate und Richterstellen (!) ohne Zahl, sowie ganze Stadtverwaltungen, ja, er habe ihm einmal den offiziellen Wabapparat für eine ganze, der liberalen Sache stets besonders treu ergebene Provinz zur Verfügung gestellt. Das Alles erklärte Sagasta vier Jahre hindurch für Martos gethan zu haben; und noch bezeichnender ist es, daß der Ministerpräsident unangefordert öffentlich und sichtlich unter der Idee, daß das nur Martos, nicht aber auch ihn bloßstelle, zugeb, Martos habe ihm das Alles und natürlich noch ein ganz Theil anderer Dinge mehr — die aber bei aller Offenherzigkeit nicht zu nennen sind — mit der Drohung seines Abfalls abgepreßt. Martos stieß diese Beschuldigungen ruhig ein; anders Sardoal, welcher zufällig im Hause anwesend war und welcher von Sagasta, wenn auch nicht in all diese Dinge, so doch in einen Theil derselben mit verwickelt wurde. Der Marquis elite von der Tribüne in das Koyer hinab, erklärte dort, Sagasta, der ein Vagabund sei, obzweigen zu wollen, und drängte sich aus dem Koyer in den Sitzungssaal ein. Dort warf sich ihm der Finanzminister entgegen und drängte den Wühler von der Ministerbank fort und zum Saal hinaus. In der Sala de conferencias ging der Skandal weiter. Ein Theil der anwesenden Deputirten, Senatoren, Journalisten nahm Partei für den Marquis, ein anderer für den Ministerpräsidenten; die Stühle traten in ihr Recht, wo nicht zum Schlag, so doch wenigstens zur Drohung in Unterfütterung der Rede, und wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, fehlten diesmal auch die Revolver nicht. Die Sitzung mußte aufgegeben werden. Der Präsident sammelte in Eile die Stabträger und Hülfsmänner um sich und begab sich, von diesen begleitet, in die Vorhalle, um die aufgeregte Menge zu beruhigen, und ein anderer Theil der Hauspolizei nahm Sagasta in die Mitte und brachte den Minister in einem der Konferenzzimmer in Sicherheit. Die Presse der Majorität ist natürlich empört über die jetzt fast täglich wiederholenden, früher unbekanten rohen Vorgänge in den Kortes, aber die beschämende Selbstanklage Sagastas, welche zu dem Sturm indirekt die Veranlassung wurde, erschwert ihr ihre Stellung. Die Opposition zieht aus den Tummeln den Schluß, daß die jetzige Regierung nicht mehr Herr der Situation sei, und fordert mit stillendem Pathos — als ob es etwas früher nie vorgekommen wäre — den Rücktritt eines Ministeriums, welches mit den höchsten Vertrauens- und Ehrenämtern des Staates schamlosen Schacher treibe.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Juli. In der gestrigen Sitzung des **Aparagen-Ausschusses** des Unterhauses legte der erste Lord des Schatzamtes, Smith, einen Ausweis über alle von der Königin seit ihrer Thronbesteigung erzielte Erparnisse vor. Danach belaufen sich dieselben im Ganzen auf 750,000 Pfr. (15 Millionen Mark). Aus diesen Erparnissen wurden indess die außerordentlichen Ausgaben bestritten, welche der Königin durch die Besuche ausländischer Herrscher in London erwachsen sind. Als besonders kostspielig für die Kasse der Königin erwies sich der Besuch des Kaisers von Rußland.

Die englische Presse, liberale wie konservative, ist durchsicht nicht erbaut von der boulangistischen Kundgebung, die zur Feier der Eröffnung der Bastille am Sonnabend im Alexandra-Palast stattgefunden hat, und General Boulanger becomt wegen seiner Schmäherei mit Recht das Wort des Tages zu hören. Die „**Times**“ sagt dem General rund heraus, daß sie niemals große Eigenschaften an ihm bemerkt und daß er noch niemals seine Politik in bestimmten Umrissen gezeichnet hat; ihr Vertrauen, daß Boulanger einst zur Macht gelangen werde, ist sehr gering. „**Balk Mail Gaz.**“ ist derselben Ansicht; Boulanger verlässe sich, meint sie, einzig auf die Macht des Geldes, auf das Gewicht geistiger

Hammerfest, 18. Juli. Nachdem die Abfahrt aus Tromsø gestern Vormittag 11 Uhr stattgefunden, passirte der Kaiser mit seiner Begleitung den 70. Breiengrad Nachmittags 5 Uhr in gebobener Stimmung. Das Befinden des Kaisers ist vorzüglich, die Ankunft in Hammerfest erfolgte 9 Uhr Abends; es wurde sofort nach dem Nordkap weitergefahren, welches gegen 2 Uhr erreicht werden soll.